

Auch wenn sich in der Ukraine nicht einmal ein Waffenstillstand abzeichnet: Wie kann nach dem Krieg Frieden dauerhaft entstehen?

GERHARD SCHWISCHEI

Im Gespräch mit den SN versucht der Politologe und Osteuropa-Experte Dieter Segert von der Universität Wien, über den Tellerrand der aktuellen Ereignisse in der Ukraine hinauszublicken.

SN: Sehen Sie auf absehbare Zeit eine Chance für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine?

Dieter Segert: Beide Seiten, wobei man auch den Westen dazurechnen muss, arbeiten im Augenblick nicht auf einen Waffenstillstand hin, was ein erster Schritt wäre. Die Ukraine sagt, dass die Grenzen von 1991 wiederhergestellt werden müssen, bevor man überhaupt zu verhandeln beginnt. Auch wurde zwischenzeitlich gesagt, mit dem russischen Präsidenten Putin überhaupt nicht sprechen zu wollen. Russland wiederum hat mit der Annektierung der Regionen im Osten der Ukraine die Latte sehr hoch gelegt. Und auch bei den westlichen Unterstützern der Ukraine sehe ich keine Bereitschaft, energisch auf einen Waffenstillstand und auf Friedensverhandlungen hin zu drängen. Ich bin da nicht optimistisch.

SN: Am Ende des Tages wird man sich aber an den Verhandlungstisch setzen. Was wären Voraussetzungen für einen Frieden, der mehr ist als ein eingefrorener Konflikt?

Angesichts der Zerstörung in der Ukraine und der vielen Toten wäre selbst ein eingefrorener Konflikt schon ein Fortschritt.

Was den Friedensschluss so schwierig macht, sind vor allem zwei Dinge. Das eine ist, dass sich der Angreifer Russland und die Ukraine stark von ideologischen Positionen treiben lassen, die sich schwer vereinen lassen: imperialer Nationalismus in Russland und ein ethnischer Nationalismus auf der ukrainischen Seite.

Das wird auch einen Versöhnungsprozess schwierig machen, der letztlich notwendig ist. Man lebt immer noch Grenze an Grenze, es gibt immer noch vielfältige persönliche und wirtschaftliche Beziehungen zwischen beiden Staaten.



„Wir dürfen nicht nur militärisch denken“

BILD: SNAP/UEUROPA PRESS/CARLOS LUJAN

SN: Aber gibt es nicht nur einen Aggressor, der mit einem einfachen Schritt zurück den Krieg sofort beenden könnte?

Ja, aber es geht hier um einen dauerhaften Frieden. Und das Einstellen der Kampfhandlungen ist dabei nicht das Einzige. Für einen dauerhaften Frieden ist nötig, die instabile Sicherheitslage zu beenden, die sich an der Ostgrenze der Nato herausgebildet hat und nicht allein durch Russland verursacht wurde. Man benötigt eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa, die nicht durch Russland und die Ukraine allein zu bewerkstelligen ist. Hier braucht man auf jeden Fall auch die USA, die Nato und China.

SN: Wäre mit einem Nato-Beitritt der Ukraine viel gelöst?

Ob ein Nato-Beitritt der Ukraine sicher ist, werden wir noch sehen. Klar ist, dass die Ukraine ein Sicherheitsproblem hat, das in irgendeiner Art und Weise gelöst werden muss. Für Russland geht es schon auch darum, dass die Ukraine nicht Teil eines westlichen Bündnisses wird. Man muss auch Sicherheitswahrnehmungen Russlands ernst nehmen.

SN: Um welche Sicherheitswahrnehmungen geht es da?

Seit 1990 wurde immer wieder gesagt, man müsse die neuen EU-Mitglieder in die Nato aufnehmen. Und Russland hat gesagt, die Nato habe eigentlich etwas anderes verspro-

chen, und man müsse bedenken, dass es eine Bedrohung sei, wenn die Nato immer näher an die Grenzen Russlands rücke. Das sind unlösbare Sicherheitskonflikte, solange es keine neue Sicherheitsarchitektur in Europa gibt, die nicht auf dem Prinzip einer gemeinsamen Sicherheit beruht.

Ich setze darauf, dass man sich in irgendeiner Art und Weise ähnlich wie in den Siebzigerjahren bei der Helsinki-Konferenz (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE; war eine Folge von blockübergreifenden Konferenzen der europäischen Staaten zur Zeit des Ost-West-Konflikts in den Siebzigerjahren, Anm.) von scheinbar unvereinbaren Positionen aufeinander zubewegt. Wir brauchen ein Helsinki II. Wenn man Russland nur als imperiale Macht sieht, die sich keinesfalls einem Kompromiss beugt, kommt man nicht weiter.

SN: Zeichnet sich aber nicht vielmehr ein neuer Kalter Krieg mit einer Blockbildung zwischen Ost und West ab?

Es ist eine Horrorvorstellung, wenn man sich die Zukunft der Welt als Kampf zwischen zwei Blöcken vorstellt, wo der eine Block durch die USA und der andere durch China geführt wird. Vor allem angesichts der angehäuften Atomwaffen und der ungelösten globalen Menschheitsprobleme. Wenn man darauf hinarbeitet, dass es gemeinsame

Lösungen von gemeinsamen Problemen gibt, braucht man so eine Sicherheitsarchitektur, die Interessen beider Seiten einbezieht. Und ob das wirklich über eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine zu erreichen ist, da bin ich im Zweifel.

SN: Wie wichtig ist es, China viel stärker als bisher in eine neue Sicherheitsarchitektur miteinzubeziehen?

Das ist ein ganz wichtiges Moment. Wahrscheinlich bräuchte man auch stärkere internationale Organisationen. Die UNO steckt in einer Krise, weil sie stark auf den Resultaten des Zweiten Weltkriegs beruht. Es gibt ja die Idee, dass man Staaten aus der Organisation afrikanischer Staaten (OAU, Anm.) oder Indien oder anderen Staaten einen Platz im Sicherheitsrat einräumt. Oder dass man überhaupt die Struktur der UNO verändert. Auch dadurch könnte man China stärker einbinden. Man bräuchte mehr Verhandlungen und bessere Strukturen, um die unterschiedlichen Interessen, die die verschiedenen Länder haben, auf der Suche nach Lösungen und Kompromissen auch artikulieren zu können. Deshalb muss man China unbedingt miteinbeziehen.

SN: Welche Rolle sollte dabei die EU spielen?

Für mich formulieren die Europäer ihre eigenen Interessen nicht genügend, nicht nur im Verhältnis zu den USA, sondern auch zu China.

Vielleicht ist auch eine größere militärische Eigenständigkeit notwendig. Es gibt zum Beispiel die These von einer europäischen Gruppierung innerhalb der Nato. Das ist aber natürlich Zukunftsmusik. Genauso wie die Frage, wozu man Militärbündnisse braucht, wenn es einmal eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur geben sollte.

Es ist zumindest meine Hoffnung, dass so etwas entstehen kann. Wir brauchen ein anderes Denken, das sich nicht nur auf die militärische Sicherheit konzentriert, sondern die Frage stellt, wie man miteinander besser kooperieren kann, auf den Gebieten, auf denen wir innerhalb der nächsten 50 Jahre zu Lösungen kommen müssen, weil sie sich sonst nicht mehr lösen lassen. Stichwort Klimakrise. Das geht nicht, wenn man weiterhin so viele Ressourcen in die Rüstung steckt und so wenig Vertrauen zur anderen Seite hat. Deswegen bin ich auch so beunruhigt über die Tendenzen zur Blockbildung.

Dieter Segert war von 2005 bis September 2017 Univ.-Prof. für Transformationsprozesse in Mittel-, Südost- und Osteuropa am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

1989 war er in einer Basisbewegung innerhalb der SED für eine demokratische Erneuerung der DDR tätig und er war Mitinitiator einer Politikwissenschaft in der DDR.



BILD: SN/UNIVIE.AC.AT

KURZ GEMELDET

Italien führt für Arme Lebensmittelkarten ein

ROM. Die italienische Regierung von Premierministerin Meloni will eine Sozialkarte für den Kauf von Grundnahrungsmitteln einführen. Die Karte mit dem Betrag von 382,50 Euro sollen Haushalte mit weniger als 15.000 Euro Jahreseinkommen erhalten. Bemängelt wird, dass die Beihilfe Familien mit mindestens drei Personen vorbehalten sein soll. Alleinstehende und Paare ohne Kinder wären ausgeschlossen. Mit der Lebensmittelkarte sollen voraussichtlich rund 1,3 Millionen arme Familien profitieren, die die negativen Auswirkungen der Inflation auf Lebensmittel besonders hart zu spüren bekommen.

SN, APA



Der Sarg eines Kindes, das im Mittelmeer ertrunken ist.

Mindestens 289 Kinder auf der Flucht ertrunken

GENF. Mindestens 289 Flüchtlingskinder sind nach UNO-Angaben in der ersten Jahreshälfte beim Versuch, das Mittelmeer von Nordafrika in Richtung Europa zu überqueren, ums Leben gekommen. Diese registrierte Opferzahl sei doppelt so hoch wie in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres, teilte das UNO-Kinderhilfswerk UNICEF am Freitag mit. Es forderte erweiterte sichere, legale und zugängliche Wege für Kinder, die Schutz in Europa suchen. Aufgrund der Dunkelziffer sei die tatsächliche Zahl der bei der Reise über das zentrale Mittelmeer gestorbenen Kinder „wahrscheinlich deutlich höher“.

SN, AFP

Schwedens Polizei erlaubt auch Verbrennung einer Tora

TEL AVIV. Die mögliche Verbrennung einer Tora vor der israelischen Botschaft in Stockholm hat in Israel empörte Reaktionen ausgelöst. „Als Präsident des Staates Israel habe ich die Verbrennung des Korans verurteilt, der den Muslimen auf der ganzen Welt heilig ist, und es bricht mir jetzt das Herz, dass das gleiche Schicksal einer jüdischen Bibel, dem ewigen Buch des jüdischen Volkes, bevorsteht“, teilte Israels Präsident Yitzhak Herzog am Freitag mit.

Die Stockholmer Polizei hatte zuvor nach schwedischen Medi-

enberichten die Bewilligung für die öffentliche Verbrennung einer Tora und einer Bibel erteilt. Die Aktion soll am Samstag vor der israelischen Botschaft in der Hauptstadt stattfinden. Der Antragsteller sieht die Kundgebung als Reaktion auf eine Koranverbrennung Ende Juni.

Koran-Verbrennungen beschäftigten auch in anderen Staaten die Justiz. Ein US-Gericht entschied zum Beispiel 2011 in einem Fall wie Schweden auf Freie Meinungsäußerung. In Österreich könnte dem juristisch der Tatbestand der „Herabwürdigung religiöser Lehren“ dagegengehalten werden.

SN, pack, dpa